

INHALT JULI 2010

SEITE 1 „ZUNEHMENDE SEGREGATIVE ERSCHEINUNGEN“

Bericht „Bildung in Deutschland“
erschieden

ZAHLENWERK

Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an Lehrkräften

SEITE 2

RESIDENZPFLICHT IN DER KRITIK

Neuerliche Forderung nach
Lockerung

MIGRATIONSATLAS

Aktualisierte Ausgabe erschienen

RÜCKKEHRUNTERSTÜTZUNG VON DRITTSTAATLERN

Datenlage, gängige Praxis und
rechtlicher Rahmen – Studie des
BAMF

SEITE 3

HERZLICH WILLKOMMEN?

Workshop über arabische
Zuwanderer in Deutschland

INTEGRATIONSPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

efms beleuchtet aktuelle
Entwicklungen

SEITE 4

DAS GEHEIMNIS UNSERES ERFOLGES: WECHSELSEITIGE KOMMUNIKATION UND BETEILIGUNG

Kommentar von Hasan Cakir,
IG Metall, Betriebsratsvorsitzender
Salzgitter Flachstahl GmbH

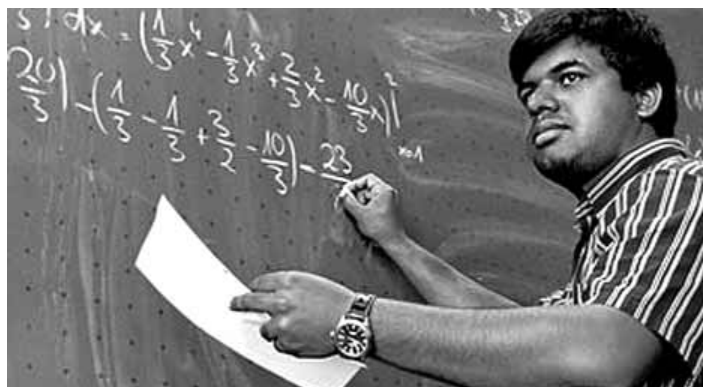
„ZUNEHMENDE SEGREGATIVE ERSCHEINUNGEN“

Bericht „Bildung in Deutschland“
erschieden

Am 17. Juni 2010 erschien der Bericht „Bildung in Deutschland 2010“. Damit legt die Autorengruppe Bildungsberichterstattung – eine unabhängige Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – zum dritten Mal eine Analyse der Bildungssituation in Deutschland vor. In Auftrag gegeben wurde die Untersuchung von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Neben erzielten Fortschritten – so besuchen anteilig mehr Kinder und Jugendliche das Gymnasium, Zahl und Anteil Studienanfängerinnen und -anfänger sind stark gestiegen, ebenso die der Absolventinnen und Absolventen, der Anteil der Jugendlichen ohne (mindestens) Hauptschulabschluss geht weiter zurück – gibt es nach wie vor Entwicklungen, die der Studie zufolge als „segregative Erscheinungen“ bewertet werden müssen. Besonders betroffen sind junge Menschen mit Migrationshintergrund.

Von den 13,6 Millionen Kindern unter 18 Jahren wachsen gut 29 Prozent in einer sozialen, finanziellen oder/und kulturellen (bildungsfernen) Risikolage auf. In Familien mit Migrationshintergrund sind es 42 Prozent. Noch stärker betroffen sind Kinder von



Alleinerziehenden – die zu fast der Hälfte in einer Risikolage aufwachsen.

Die schwierige Situation für Kinder mit Migrationshintergrund wird auch beim Übergang vom Primar- zum Sekundarbereich I darin deutlich, „dass Kinder mit Migrationshintergrund selbst bei gleichem sozioökonomischen Status bis zu doppelt so häufig an Hauptschulen zu finden sind wie Kinder ohne Migrationshintergrund“.

Was sich hier andeutet – die Schlechterstellung von Kindern mit Migrationshintergrund trotz formal gleicher Situation – wird auch an einem anderen Beispiel sichtbar, dem Verbleib von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss. Wörtlich heißt es im Bildungsbericht dazu:

„Trotz leichter Verbesserungen beim Zugang zur Berufsausbildung ist die Situation für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss weiterhin prekär,

für ausländische Jugendliche mehr noch als für deutsche. Von den deutschen Ausbildungsinteressenten ohne Hauptschulabschluss münden 2008 drei Viertel ins Übergangssystem ein, von denen mit Hauptschulabschluss die Hälfte (48 Prozent bei den ausländischen Jugendlichen sind es 88 Prozent und 67 Prozent).

Eine Schlussfolgerung des Bildungsberichts: „Diese zunehmenden segregativen Erscheinungen stehen im Gegensatz zu der Inklusions- und Integrationsaufgabe des Bildungswesens. Eine zentrale Herausforderung besteht daher darin, allen jungen Menschen über ein dem gesellschaftlichen Entwicklungsniveau angemessenes Bildungsniveau die soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.“

Der Bericht „Bildung in Deutschland 2010“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

www.bildungsbericht.de

ZAHLENWERK

Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an Lehrkräften in Prozent (2008)

Migrationshintergrund	Bevölkerung insgesamt	Lehrkräfte insgesamt	darunter				
			Allgemeinbildende Schulen				Berufliche Schulen
			Primar	Sek. 1	Sek. 2	Förder.	
ohne	81	95,3	95,4	95,9	95,6	98,5	91,5
mit	19	4,7	4,6	4,1	4,4	–	8,5

RESIDENZPFLICHT IN DER KRITIK

Neuerliche Forderung nach
Lockerung

Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Flüchtlingsorganisation PRO ASYL fordern eine Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber. Die Residenzpflicht gilt in Deutschland für Asylbewerber und Geduldete sowie unter bestimmten Umständen auch für Drittstaatler nach Paragraph 12 des Aufenthaltsgesetzes und ist innerhalb der Europäischen Union (EU) einmalig.

In einer Presseerklärung des UNHCR von Ende Mai 2010 heißt es, dass die Residenzpflicht und die damit einhergehende Einschränkung der Bewegungsfreiheit, nicht unerhebliche Härten für die Betroffenen mit sich bringe. Dabei zeigt Michael Lindauer, UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich, durchaus Verständnis für den gesetzlichen Verteilungsschlüssel, doch „für eine generelle Einschränkung der Bewegungsfreiheit fehlt es jedoch an schlüssigen Gründen“. Außerdem verstoße die Residenzpflicht in Deutschland gegen geltendes EU-Recht: Zwar gestattet die entsprechende EU-Richtlinie Beschränkungen bei der Wohnortwahl und der Bewegungsfreiheit, diese dürften je-

doch nicht den Zugang zu grundlegenden Rechten wie medizinische Versorgung, dem Arbeitsmarkt oder Bildungseinrichtungen verhindern.

Die Forderungen von PRO ASYL gehen noch einen Schritt weiter: „Die Lockerung der Residenzpflicht kann nur ein Beginn sein. Die konsequente, unbürokratischste und humanste Lösung ist ihre völlige Abschaffung“, so PRO ASYL-Referent Bernd Mesovic.

Damit wird eine Forderung erneut auf die Tagesordnung gebracht, die der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bereits seit Jahren formuliert: Bei der Vorbereitung des Nationalen Integrationsplans forderte der DGB im Jahr 2007 die Aufhebung der Residenzpflicht zur Erleichterung der Arbeitsaufnahme für alle Betroffenen.

Die Presseklärungen von UNHCR und PRO ASYL stehen im Internet unter:

[www.migration-online.de/
residenzpflicht_pm_unhcr](http://www.migration-online.de/residenzpflicht_pm_unhcr)
und

[www.migration-online.de/
residenzpflicht_pm_pro_asyl](http://www.migration-online.de/residenzpflicht_pm_pro_asyl)

Die Forderung des DGB steht unter:

[www.migration-online.de/
beitrag_aWOQ9NTM1Mw_.html](http://www.migration-online.de/beitrag_aWOQ9NTM1Mw_.html)



MIGRATIONSATLAS

Aktualisierte Ausgabe
erschienen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat Mitte Mai 2010 eine überarbeitete Version des Migrationsatlases (Minas) herausgebracht. Auf über 100 Seiten findet man Informationen zu Migration, Integration und Asyl, wobei hier die geografischen Ausprägungen im Vordergrund stehen. Die Struktur des Atlases wurde vollständig überarbeitet. Neben den räumlichen Bezügen

stehen die Themengebiete Wanderungsbewegungen, Flüchtlinge, Ausländerinnen und Ausländer, Arbeitsmigration und Integration im Vordergrund. Dabei werden sowohl die nationale als auch internationale Ebene des Migrationsgeschehens beleuchtet.

Die dritte Auflage des „Atlas über Migration, Integration und Asyl“ kann heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/
bamf_minas_2010](http://www.migration-online.de/bamf_minas_2010)

RÜCKKEHRUNTER- STÜTZUNG VON DRITTSTAATLERN



Datenlage, gängige Praxis und
rechtlicher Rahmen – Studie des
BAMF

Jahr 2007 und 37,7 Prozent im Jahr 2008.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) veröffentlichte Mitte Mai 2010 den 31. Teil der Working-Paper-Reihe. Diesmal beschäftigt sich die Studie, die im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerkes (EMN) erschienen ist, mit der Rückkehrunterstützung von Drittstaatlern und deren Reintegration in ihr Herkunftsland. Dabei hat die Studie mit dem Titel „Rückkehrunterstützung in Deutschland – Programme und Strategien zur Förderung von unterstützter Rückkehr und zur Reintegration in Drittstaaten“ zum Ziel, einen Überblick über die Datenlage, die gängigen Praktiken und den rechtlichen Rahmen zu geben.

Auch wenn über den Gesamtumfang der freiwilligen Rückkehrer kaum belastbare Daten zur Verfügung stehen, ist bei den Programmen von Bund und Ländern zur unterstützten Rückkehr ein mehr als deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Gab es im Jahr 2004 noch knapp 10.000 Menschen, die die Rückkehrunterstützung in Anspruch genommen haben, waren es 2008 nur noch rund 2.800. Dieser deutliche Einbruch ist laut Studie auf eine geringere Zahl von Ausreisepflichtigen zurückzuführen: Diese wiederum ist zum einen der im Jahr 2007 eingeführten gesetzlichen Altfallregelung geschuldet, zum anderen dem Anstieg der Schutzquote von rund 6,5 Prozent in den Jahren 2005 und 2006 auf 27,5 Prozent im

Die am stärksten vertretenen Nationalitäten unter den Rückkehrern zwischen 2004 und 2008 waren Menschen aus Serbien und Montenegro – inklusive Kosovo – mit 24,2 Prozent, gefolgt von türkischen (9,7 Prozent), irakischen (8,7 Prozent) und russischen (6,8 Prozent) Staatsangehörigen.

Des Weiteren konnten strukturelle und organisatorische Hindernisse für die Nutzung von Rückkehrunterstützung ausgemacht werden: Die größtenteils mangelhafte Informationspolitik der Länder, die zu geringe geldliche Unterstützung und die fehlenden Strukturen im Aufnahmeland, seien hier stellvertretend zu nennen. Auch individuelle Hinderungsgründe, wie ein Gesichtverlust in der Heimat, wenn man keinen Wohlstand erwirtschaftet hat oder das Fortbestehen der ursprünglichen Fluchtgründe wie Angst vor mangelhafter medizinischer Versorgung, politischer Instabilität oder Verfolgung.

Die Studie benennt außerdem mögliche Weiterentwicklungen des unterstützten Rückkehrsystems, wie beispielsweise eine bessere Datenlage und eine Erhöhung des Anteils von unterstützter Rückkehr gegenüber der Abschiebung.

Die vollständige Studie kann heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/
rueckkehrunterstuetzung](http://www.migration-online.de/rueckkehrunterstuetzung)

HERZLICH WILLKOMMEN?

Workshop über arabische Zuwanderer in Deutschland

„Ahlan wa sahlan? Herzlich willkommen? Arabische Migranten in Deutschland und ihre gesellschaftliche Integration“ war der Titel eines Workshops, der am 26. Juni 2010 in Berlin stattfand. Veranstalter war der Bereich Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerks.

Fundierte Informationen über die arabische Welt wie über arabische Migrantinnen und Migranten in Deutschland lieferte Riem Tisini von der arabischen Redaktion der Deutschen Welle.

Die arabische Community in Deutschland setzt sich zusammen aus den Arbeitsmigranten, deren Kinder und Enkel, die aus Marokko und Tunesien angeworben wurden, und Flüchtlingen – entweder politisch Verfolgte oder Kriegsflüchtlinge. Hinzukommen noch Studierende. Diese Menschen befinden sich in sehr unterschiedlichen Lebenslagen. Das Spektrum reicht von erfolgreichen Akademikern in Führungspositionen bis zu Menschen in äußerst prekären Situationen, die durch Bildungs- und materielle Armut gekennzeichnet sind.

Was die arabischen Zuwanderer, die aus den verschiedensten durch kolonialistische Grenzziehungen entstandenen Staaten stammen eint, ist die Sprache. Trotz der unterschiedlichsten Dialekte wird Hocharabisch überall verstanden. Gemeinsam ist ihnen auch die (weitestgehende) Zugehörigkeit zum Islam, der allerdings in unterschiedliche Richtungen ausdifferenziert ist. Daneben sind die Menschen natürlich unterschiedlich religiös. In der Diskussion wurde dazu die Frage aufgeworfen, ob mit zunehmender Bildung die Religiosität geringer wird. Verschiedene Untersuchungen – auch aus der arabischen Welt – kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen, so dass eine einheitliche Tendenz nicht feststellbar ist.

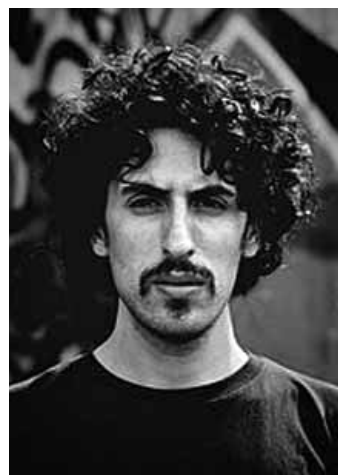
Trotz unterschiedlicher Lebensumstände arabischer Zuwanderer gibt es einige gemeinsame Komponenten, die aus der Kultur und der jeweiligen Landes- und Familientradition herrühren. Diese treffen in unterschiedlicher Intensität auf ein neues Umfeld. Daraus ergeben sich dann – so Riem

Tisini – unterschiedliche Lebenskonzepte. Die reichen von einer Abschottung gegenüber der neuen Umwelt bis zur Assimilation. Dazwischen liegen dann Stufen der verstärkten Rückbindung an das Herkunftsland oder auch die Rückbindung als Teil der eigenen Identität in einer ansonsten akzeptierten Umwelt.

Als Ursachen für Integrationschwierigkeiten können verschiedene Faktoren angesehen werden. Ein Beispiel: Die Staatsformen der arabischen Länder sind nicht demokratisch. Von daher fehlt die Kenntnis, wie man sich über Partizipation einbringen kann.

Auf der anderen Seite erleben Menschen aus der arabischen Welt seit dem 11. September eine Ausgrenzung oder auch ausgrenzende Diskussionen über „die Muslime“ oder „die Araber“, was sich bis in eine Islamophobie steigern kann. Debatten über Staatsangehörigkeitsrecht, Kopftuch, Koranschulen, Muslime und innere Sicherheit oder auch Rütli Schule – so Riem Tisini – müssen geführt werden, aber sachlich und nicht instrumentalisiert.

Dies sind einige Punkte, die in der Diskussion ergänzt wurden, etwa zu der Frage, wie arabische Zuwanderer über eine verstärkte Selbstorganisation sich stärker in die Gesellschaft einbringen und besser teilhaben können. Insgesamt wurden Einführung und Diskussion als informativ und spannend bewertet. Ein Teilnehmer bilanzierte, dass er jetzt mehr Fragen habe als vor dem Workshop. Das ist einerseits ein Hinweis auf die Qualität und andererseits die Aufforderung zu einer Fortsetzung.



INTEGRATIONSPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

efms beleuchtet aktuelle Entwicklungen

Aktuelle Entwicklungen der Integrationspolitik in Deutschland und Europa ist das Thema einer Veröffentlichung des Europäischen Forums für Migrationsstudien (efms) der Uni Bamberg. Autor Friedrich Heckmann, Leiter des efms, sieht den allgemeinen Trend von Integrationskonzepten im Spannungsverhältnis einerseits von Verständnis und Respekt gegenüber der Herkunftskultur von Migrantinnen und Migranten und andererseits dem Verständnis von Integration als Abbau von Unterschieden zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft verstanden. Bestehende Unterschiede müssten dabei idealerweise aufgelöst werden.

Daneben ist Integration ein zentrales Feld der Politik geworden und bleibt nicht mehr primär dem Markt oder der Zivilgesellschaft überlassen. Vielmehr wird Integration von der Politik überwacht und gesteuert. Stellvertretend für diesen Trend, der nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in den 1990-ern langsam einsetzte, sei das Zuwanderungsgesetz von 2005 zu nennen. Außerdem sei festzustellen, dass der Fokus der Integrationspolitik von vielen Integrationsmaßnahmen für verschiedene Migrantengruppen, auf ein-

heitliche Maßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund verlagert wurde. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass 2008 mehr als 19 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands Menschen mit Migrationshintergrund waren – Tendenz steigend.

Ein weiterer Trend in der Integrationspolitik der letzten Jahre sei der Versuch, Integration sowohl messbar, als auch zählbar zu machen und Integration als Bildungs-, Lehr- und Beratungsprozess zu verstehen. Sichtbar seien diese Trends beispielsweise an der großen Zahl von Integrationskursen, die das Erlernen der Sprache mit Orientierungshilfen im Aufnahmeland verbinden oder auch der Implementierung neuer vorschulischer Erziehung, die viel Wert auf die Sozialisation von Migrantenkindern und deren Eltern legen.

Schließlich bleibe zu beobachten, dass Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik als zusammengehörig betrachtet und zunehmend vernetzt seien und die nationale Politik durch den europäischen Integrationsprozess, vermehrt europäisiert werde.

Das Arbeitspapier mit dem Titel „Recent Developments of Integration Policy in Germany and Europe“ steht im Internet unter:

www.migration-online.de/efms_paper4



DAS GEHEIMNIS UNSERES ERFOLGES: WECHSELSEITIGE KOMMUNIKATION UND BETEILIGUNG

KOMMENTAR

**Hasan Cakir, IG Metall,
Betriebsratsvorsitzender
Salzgitter Flachstahl GmbH**



Vor jeder Wahl hat man ein Gefühl der immer wiederkehrenden Prozedur. Politikerinnen und Politiker sind (scheinbar) präsenter, offener als sonst und vermitteln intensiver das Gefühl von Verständnis für die Probleme anderer.

Warum sollte es bei Betriebsräten anders sein? Auch diese Betriebspolitiker haben häufig viel zu verlieren. Gerade in größeren Betrieben in denen Betriebsräte tatsächlich auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten haben und es auch um persönliche Interessen geht. Was zum Beispiel die Rentenabsicherung oder Diätenanpassung bei Berufspolitikern sein kann ist es die Freistellung von der bisherigen Tätigkeit für die des Betriebsrates.

In Unternehmen, in denen es sonst eine strenge Hierarchie gibt, existiert für abhängige Beschäftigte ein großer Vorteil: Sie bestimmen, wer sich für sie ins Zeug legen darf und wer nicht. Es ist der kleine demokratische Akt (fast) aller in einem Betrieb – mit großer Wirkung.

Für mich als Betriebsratsvorsitzenden ist das der Fixpunkt für mein Handeln. Die Akzeptanz der (sichtbaren) Arbeitsergebnisse eines Politikers, wird in Form von Wahlergebnissen sichtbar. Die Egalität der kulturellen Unter-

schiedlichkeit und Klischees wird hier kanalisiert.

Die Aufgabe des Betriebsrates dreht sich um die Interessensvertretung der abhängig Beschäftigten. Der große Teil der Anstrengungen, denen man in diesem Amt nachgeht, ist genau das herauszufinden. Was sind die Interessen der Kolleginnen und Kollegen? Mehr Geld, mehr Freizeit, mehr Irgendwas? Die ‚Grundbedürfnisse‘ sind uns immer bewusst und darauf haben wir nur begrenzten Einfluss. Aber den reizen wir auch aus. Wichtiger ist, dass die Kolleginnen und Kollegen mit uns reden, ihre Bedürfnisse äußern. Und unser (schwieriger) Job ist: Zuhören!

Egal, ob es um die kaputte Toilette in einem Umkleidebereich geht oder der schlecht gefüllte Getränkeautomat: Menschen müssen das Gefühl bekommen ernst genommen, wertgeschätzt zu werden. Ist dieses Gefühl vermittelt, ist der Zugang zu dem Menschen – wechselseitig – erreicht. Und darauf kommt es an:

Werden Menschen erreicht? Ist mein Kulturkreis, in dem ich meine Wurzeln habe, ein Hindernis um einen Menschen aus einem anderen Kulturkreis zu erreichen? Allein mit diesen Fragen im Kopf, ist die Lösung schon am Horizont zu sehen. Es geht um die Ansprache anderer Menschen und deren Wahrnehmung zu meinen Verhaltensweisen. Ich zeige deutlich, dass es mir egal ist, ob jemand einen Migrationshintergrund hat oder nicht. Er/Sie ist ein/e Kollege/in und hat ein Problem, welches gelöst werden soll. Dieses Verhalten kann, vorgelebt, zu einer veränderten Sichtweise der Menschen führen. Hierzu ist Kommunikation der Schlüssel.

Und wir haben in den letzten Jahren viel an unserer Kommunikation gear-

beitet, haben komplexe Dinge verständlich vermittelt; haben Sorgen, Probleme und Anregungen aus der Belegschaft aufgenommen. Wir sind in intensiven Austausch mit der Belegschaft getreten. Es war bisher erfolgreich.

Es ist nicht so, dass unser Betrieb anders ist als der Rest der Gesellschaft. Natürlich gibt es auch hier kulturelle Resistenzen, die überwunden werden müssen. Diese sind übrigens nicht nur in eine Richtung erkennbar. Spanenderweise erleben wir bei Betriebsräten mit Migrationshintergrund, die sich als örtliche Betriebsräte in den Betriebsbereichen engagieren, in denen es vorher keine bspw. türkischen Betriebsräte gab, wachsende Zustimmung zu ihrer Arbeit. Dies war auch bei der letzten Betriebsratswahl sichtbar. In den Bereichen wo ‚nichtdeutsche‘ Betriebsräte engagiert waren, ist Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen weitaus höher.

Unser Ansatz zur Überwindung von Resignation, Desintegration und Desinteresse ist zielgerichtete Information und Beteiligung der Menschen. Diesen Ansatz versuchen wir seit ein paar Jahren als Grundlage unserer Arbeit umzusetzen und dieser ist nicht einfach und langwierig.

Doch er zeigt erste Früchte. Während die Wahlbeteiligung bei Wahlen im Allgemeinen eine sinkende Tendenz aufweist, konnten wir unsere Wahlbeteiligung auf bemerkenswerte 86 Prozent steigern. Und das ganze bei einer Persönlichkeitswahl, in der jeder der 4800 Wahlberechtigten 29 Stimmen hatte, ist dies eine beachtliche Leistung, die uns verdeutlicht, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Gute Betriebsratsarbeit ist keine Frage von deutsch oder nichtdeutsch sein, sondern eine Frage der Wertschätzung des Menschen, durch wechselseitige Kommunikation und Beteiligung.

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds

IMPRESSUM



**DGB
BILDUNGSWERK** BUND

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel, Medienbüro Arbeitswelt

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase: bit.it, frau.L., Jesus.vol2,
mareczko, Nadine Platzek

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de